

Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V.

Stellungnahme zur Debatte zum Sexkaufverbot

Berlin, 02. Juni 2020

Am 19.05.2020 sprachen sich 16 Bundestagsabgeordnete von Union und SPD für ein Sexverkaufverbot und gegen Lockerungen des Shutdowns für Prostituierte aus [1] [2]. Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) befürwortet zwar adäquate Infektionsschutzmaßnahmen vollumfänglich, betrachtet jedoch gleichzeitig die Entwicklung um die oben genannten Forderungen der Bundestagsabgeordneten mit Sorge.

Die bvmd differenziert hierbei zwischen temporären Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie und einem dauerhaften Sexkaufverbot. Die Gesundheit der Arbeitenden im Sexgewerbe muss in dieser Debatte oberste Priorität haben. Es ist jedoch höchst fragwürdig, inwieweit diesem Ziel durch ein generelles Verbot, mit Wirkung für die Zeit nach Entspannung der aktuellen Lage, gedient sein soll.

Ein Verbot würde zu starker Stigmatisierung führen und birgt die Gefahr, zahlreiche Sexarbeiter_innen in die Kriminalität zu drängen. Dies hätte sowohl während der epidemischen Lage nationaler Tragweite als auch darüber hinaus erhebliche Implikationen. Die bisherigen Ansätze zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und präventive Maßnahmen werden damit nicht nur konterkariert, sondern de facto unmöglich gemacht. Geregelter Arbeitsvertrag und Zugang zu den Leistungen der Krankenkassen werden ebenfalls unmöglich, was zu einem höchst prekären und kritischen sozio-ökonomischen Status führt. Dies erschwert eine adäquate Versorgung weiter. Die bvmd stellt sich daher hinter die Forderungen des Berufsverbandes für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. (BesD) nach fairen Bedingungen für Sexarbeitende und gegen ein generelles Sexkaufverbot in Deutschland [3].

Die bvmd fordert, dass in der derzeitigen Debatte Artikel 12 des Grundgesetzes - das Grundrecht auf freie und individualistische Wahl des Berufes und des Berufsortes - größte Beachtung zuteil kommt [4]. Sexarbeiter_innen, die ihren Beruf frei gewählt haben, muss auch weiterhin die Chance gegeben werden, ihr im Grundgesetz festgeschriebenes Recht auf freie Berufsausübung wahrzunehmen.

Lösungsansätze, um die Situation von Sexarbeiter_innen zu verbessern, sieht die bvmd nicht in einem generellen Verbot der Sexarbeit, sondern vielmehr in der Verbesserung der gesundheitlichen und psychosozialen Situation der Sexarbeiter_innen durch eine Ausweitung der präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen und einem erleichterten Zugang zu diesen.

Europäische Integration
Famulaturaustausch

Forschungsaustausch
Gesundheitspolitik
Projektwesen

Medizin und Menschenrechte
Medizinische Ausbildung
Training

Public Health
Sexualität und Prävention

bvmd-Geschäftsstelle

Robert-Koch-Platz 7
10115 Berlin

Telefon +49 (30) 95590585
Fax +49 (30) 9560020-6
Home bvmd.de
E-Mail buero@bvmd.de

Für die Presse

Tim Schwarz
Email pr@bvmd.de
Phone +49 (0) 176 40461700

Vorstand

Aurica Ritter	(Präsidentin)
Anna Hofmann	(Internes)
Martin J. Gavrysh	(Externes)
Lucas Thieme	(Internationales)
Kilian Zuber	(Finanzen)
Matthias Kaufmann	(Fundraising)
Tim Schwarz	(PR)
Felix Kellermann	(IT)

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland ist ein eingetragener Verein (Vereinsregister Aachen VR 4336). Sitz und Gerichtsstand sind Aachen.

Dies beinhaltet eine nicht stigmatisierende und nichtdiskriminierende Versorgung mit Zugang zu Gesundheitsaufklärung, Gesundheitsartikeln und ärztlicher Unterstützung für alle Ausübenden der Sexarbeit. Diese Versorgung darf nicht durch eine Kriminalisierung der Sexarbeit eingeschränkt oder erschwert werden.

Eine Infektion mit COVID-19 stellt, spätestens seit der Erklärung zum Pandemiefall durch die WHO, eine Allgemeingefahr dar [5]. Sexarbeitende sind aufgrund ihres Tätigkeitsfeldes besonders exponiert, sodass eine Erkrankung mit COVID-19, ähnlich dem Risiko in Gesundheitsfachberufen, zu einem besonderen Berufsrisiko gehört und somit als Berufskrankheit angesehen werden kann. Gemäß § 3 des Arbeitsschutzgesetzes sind Arbeitgeber_innen verpflichtet, adäquate Arbeitsschutzmaßnahmen zu treffen [6]. Die bvmd fordert daher durchdachte Hygienekonzepte zum Schutz von Sexarbeitenden, angepasst an die jeweilige epidemische Lage, anstelle von generalisierten und restriktiven Verboten [7]. Insbesondere hält die bvmd dazu an in Zugänglichkeit, Vernetzung und Erweiterung von freiwilligen, kostenlosen und bestenfalls mehrsprachigen Gesundheitsangeboten für Sexarbeitende zu investieren.

Besonders kritisch sieht die bvmd zudem den generellen Ton der Forderungen der Bundestagsabgeordneten. Die verallgemeinerte Charakterisierung von Sexarbeit als "menschenunwürdige, zerstörerische und frauenfeindliche Tätigkeit [...], zu der die Frauen gezwungen würden." sieht die bvmd als fehlgeleitet und in höchstem Maße stigmatisierend gegenüber der gesamten Berufsgruppe an. Dies steht im krassen Gegensatz zu den Forderungen des BesD, die den "Abbau der Stigmatisierung von Sexdienstleistenden und ihren Kunden und Kundinnen" also oberstes Ziel anführt. Zum einen ist die freiwillige Berufsausübung der Prostitution, auch als Sexarbeit bezeichnet, als legale Praxis deutlich von der in Deutschland illegalen Zwangsprostitution, welche die bvmd ausdrücklich ablehnt und verurteilt, zu trennen. Zum anderen unterscheidet die bvmd bei den Ausübenden der Sexarbeit nicht nach Geschlecht, Nationalität oder anderen Faktoren und lehnt eine entsprechende Diskriminierung und Stigmatisierung, wie beispielsweise auch im offenen Brief suggeriert, ab [7]. Somit stellt sich die bvmd ebenfalls klar dagegen, Sexarbeit als spezifisch "frauenfeindlich" zu attribuieren.

Zusammenfassend fordert die bvmd die Entstigmatisierung von Sexarbeitenden und die klare Abgrenzung dieser vom kriminellen Milieu, welches sich nicht im Rahmen des Prostitutionsschutzgesetzes bewegt, sowie eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und der für sie bestehenden gesundheitsbezogenen Angebote [7] [8].

Quellen:

- [1] [Tagesschau.de; Coronavirus-Pandemie: Infektionsquelle Bordell?](#)
- [2] [ärzteblatt.de; Bundestagsabgeordnete für generelles Sexkaufverbot](#)
- [3] Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. (BesD); [Zusammenschluss aus dem Bundestag will Corona-Maßnahmen für Sexkaufverbot missbrauchen: Stellungnahme des Bundesverbandes](#)
- [4] Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland; [Artikel 12](#)
- [5] WHO/Regional Office for Europe; [WHO erklärt COVID-19-Ausbruch zur Pandemie](#)
- [6] Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG); [§ 3 Grundpflichten des Arbeitgebers](#)
- [7] Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V.; [Positionspapier - Das Prostituiertenschutzgesetz aus medizinischer Sicht](#)
- [8] [Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen](#)